

583872-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Klinik Immenstadt, BA 1, Erweiterungsbau Nordwest, Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. §§ 33 ff HOAI 2021, LPH 3-9, bei stufenweiser Beauftragung.

OJ S 162/2026 24/08/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Klinikverbund Allgäu gGmbH

E-Mail: im-bau-ps@klinikverbund-allgaeu.de

Rechtsform des Erwerbers: Organisation, die einen durch einen öffentlichen Auftraggeber subventionierten Auftrag vergibt

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Klinik Immenstadt, BA 1, Erweiterungsbau Nordwest, Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. §§ 33 ff HOAI 2021, LPH 3-9, bei stufenweiser Beauftragung.

Beschreibung: Gegenstand des Auftrags sind Leistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. §§ 33 ff HOAI 2021, LPH 3-9 bei stufenweiser Beauftragung. Ggf. werden auch verschiedene besondere Leistungen beauftragt werden.-----Die Klinikverbund Allgäu gGmbH plant die Errichtung des Neubaus „Bauabschnitt 1 Erweiterungsbau Nordwest“ am Standort Klinik Immenstadt.-----Die Klinik Immenstadt ist ein Krankenhaus des Klinikverbunds Allgäu.-----Am Standort Immenstadt besteht für den Klinikverbund Allgäu gGmbH ein zusätzlicher Raumbedarf aufgrund der im Mai 2026 vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit, Prävention und Pflege beschlossenen Planbettenerhöhung auf 230 Betten und zur Schaffung aktuell fehlender Nebenräume. Das Bauvorhaben erhält die Bezeichnung „Bauabschnitt 1 Erweiterungsbau Nordwest“. -----Der Neubau mit einer Nutzfläche von ca. 3.921 m² gemäß Zielplanung umfasst vier Geschosse mit: - UG: Technik, Umkleiden - EG: Arztdiensträume, U+B-Räume, Seelsorge, Soziale Dienste, Raum der Stille - 1.OG: Highcare-Bettenstation - 2.OG: Arztdiensträume, Verwaltung, Besprechungsräume, Archiv - 3.OG: Pflegestation, Wahlleistung Auf der Dachfläche sind Flächen für eine Technikzentrale (z.B. Lüftungszentrale) und PV-Anlage vorgesehen. -----Für die Baufeldfreimachung sind zudem Rückbauarbeiten, Spartenanpassungen und Kanalverlegungen im Bereich des Baufeldes bzw. des angrenzenden Bürgersteiges erforderlich. Der Bauherr holt derzeit aktuelle Spartenpläne ein. -----Die Umsetzung zur Baufeldfreimachung, Rückbau der Kapelle, Errichtung des Neubaus, Umbau im Bestand und Herstellung der erforderlichen Anschlüsse an den Gebäudekomplex erfolgt in mehreren Bauphasen. -----Es ist eine Verlegung des Sauerstofftanks notwendig; als neuer Standort wird der nördliche Grundstücksbereich vor der Zufahrt zum GZI-Parkplatz favorisiert. -----Die Aushubsohle wird unterhalb des mittleren Grundwasserstandes liegen; somit werden nach bisherigen Erkenntnissen Spundwände für die Baugrube erforderlich, die in die Seetonschichten einbinden. -----Für die weiteren Planungsschritte der Tragwerksplanung wird zeitnah ein Baugrundgutachter beauftragt. -----Zusätzlich zum Neubau ist ein Umbau im Bestand in Form einer Erweiterung der Zentralen

Notaufnahme (Schaffung Überwachungsplätze, bisher: Umkleiden) im Untergeschoss vorgesehen (s. Plananlage). Während der Bauausführung muss eine Zufahrt zur Zentralen Notaufnahme uneingeschränkt möglich sein. -----Das beiliegende Raum- und Funktionsprogramm wurde vom Bayrischen Staatsministerium für Gesundheit, Prävention und Pflege freigegeben. Bei dem Projekt werden Fördermittel gemäß Art. 11 BayKrG beantragt. Die förderrechtlichen Rahmenbedingungen (u.a. Terminschiene, vergaberechtliche Vorgaben, Anforderungen an Förderantragsunterlagen) sind bei der Projektabwicklung zwingend einzuhalten.----- Die im Juni 2026 für die Förderantragserstellung beauftragten Fachdisziplinen gelten als vorbefasste Bewerber. Die bereits erstellten Planunterlagen werden allen Teilnehmern mit den Verfahrensunterlagen (siehe 5.1.11) zur Verfügung gestellt, um alle Bieter auf denselben Informationsstand zu bringen. -----Zeitschiene: Die Vergabeverhandlung findet voraussichtlich Ende Oktober 2026 statt. Die Auftragsvergabe und der unmittelbar darauffolgende Projektstart ist für Ende 2026 / Anfang 2027 vorgesehen. Die Bauausführung des Neubaus ist von Q3/2028 bis Q4/2030 vorgesehen.-----Hinweis: Die Projektbesprechungen finden in deutscher Sprache statt.
Kennung des Verfahrens: 7d8afa1e-a91e-4839-8f54-3e238525614e
Interne Kennung: Klinik_Immenstadt_BA1_OBJ
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71220000 Architekturentwurf, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Im Stillen 3
Stadt: Immenstadt
Postleitzahl: 87509
Land, Gliederung (NUTS): Oberallgäu (DE27E)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: ---- a) Die ausgefüllten Teilnahmeanträge (und später im Verfahren entsprechend auch die Angebote) sind unter Angabe des Vor- und Nachnamens des gesamtverantwortlichen Vertreters des Bewerbers / der Bewerbungsgemeinschaft und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Einreichungsfrist ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabeplattform einzureichen. Eine Einreichung per Email oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Nicht formgerechte bzw. formlose Bewerbungen werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Absatz 1 Satz 1 VgV).---- b) Während der Bewerbungsphase sind Rückfragen ausschließlich elektronisch als Bewerberfragen-/ mitteilungen unverschlüsselt über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist an den AG zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen unter der zuvor

genannten Vergabeplattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist veröffentlicht.

---- c) Bewerbungsunterlagen können nur verschlüsselt elektronisch eingereicht werden und verbleiben beim AG. Der AG bedient sich bei der Auswertung eines externen Verfahrensbetreuers, dem die Bewerbungsunterlagen hierfür vertraulich bereitgestellt werden.

---- d) Geforderte Nachweise sind elektronisch, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung, der Bewerbung beizulegen. ---- e) Informationspflicht des Bewerbers: Die Teilnehmer/die Bewerber verpflichten sich, sich eigenverantwortlich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist auf der zuvor genannten Vergabeplattform zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter werden die Bewerber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahmefrist auch noch innerhalb der zuvor genannten 6 Kalendertage abzuändern oder zu verschieben. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf zuvor genannter Vergabeplattform veröffentlicht. Es wird darauf hingewiesen, dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der Vergabeunterlagen sind. Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen auf den Teilnahmeantrag auswirken, gelten folgende Regelungen: Ist der Teilnahmeantrag bereits elektronisch eingereicht worden, so ist dem Auftraggeber bis zum Ende der Teilnahmefrist über die Vergabeplattform mitzuteilen, sofern: - der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und kein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird, - der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und ein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird. Der neue Teilnahmeantrag muss vor Ende der Teilnahmefrist elektronisch vorliegen, - der alte Teilnahmeantrag -ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben aufrechterhalten werden soll. Auf die Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Teilnahmefrist dem Auftraggeber elektronisch vorliegen muss, - der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten werden soll. In diesem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Teilnahmeantrag, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden muss. Sofern keine gesonderte Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten wird. ---- f) In der zweiten Verfahrensstufe (Angebotsphase) sind Bieterfragen ausschließlich elektronisch bis 6 Tage vor Ablauf der Angebotsphase über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform einzureichen.---- g) Die Bindefrist an das Angebot beträgt 90 Tage ab Angebotssubmission.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: entfällt

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: *---- a) Erklärung des Bewerbers über das Nichtvorliegen von

Ausschlussgründen nach § 123 und § 124 GWB; ---- b) Erklärung über das Nichtvorliegen von

Eintragungen im Wettbewerbsregister;---- c) Erklärung über das Nichtvorliegen von

Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG; ---- d) Erklärung des Bewerbers, ob und auf welche Art

wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen bestehen; ---- e) Ist der Bewerber

eine juristische Person, zu deren satzungsgemäßem Geschäftszweck die dem Projekt

entsprechenden Planungsleistungen gehören, ist diese nur teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bewerbers gem. § 43 Abs. 1 VgV i. V. m. § 75 Abs. 3 VgV nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Leistungserbringer die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt; ---- f) Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrags der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, hat er diese zu benennen. Der Bewerber muss außerdem gem. § 36 Abs. 1 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV angeben, welche Teile des Auftrags er beabsichtigt als Unterauftrag zu vergeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist abzugeben; ---- g) Der Bewerber muss bereit sein, im Auftragsfall eine Erklärung gem. § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben; ---- h) Erklärung des Bewerbers über die Bildung von Bewerbungsgemeinschaften. Bewerbungsgemeinschaften haften gesamtschuldnerisch und haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbungsgemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bewerberbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften; ---- i) Erklärung Bezug Russland; ---- j) Erklärung Masernschutz;

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Klinik Immenstadt, BA 1, Erweiterungsbau Nordwest, Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. §§ 33 ff HOAI 2021, LPH 3-9, bei stufenweiser Beauftragung.
Beschreibung: Gegenstand des Auftrags sind Leistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. §§ 33 ff HOAI 2021, LPH 3-9 bei stufenweiser Beauftragung. Ggf. werden auch verschiedene besondere Leistungen beauftragt werden.-----Die Klinikverbund Allgäu gGmbH plant die Errichtung des Neubaus „Bauabschnitt 1 Erweiterungsbau Nordwest“ am Standort Klinik Immenstadt.-----Die Klinik Immenstadt ist ein Krankenhaus des Klinikverbunds Allgäu.-----Am Standort Immenstadt besteht für den Klinikverbund Allgäu gGmbH ein zusätzlicher Raumbedarf aufgrund der im Mai 2026 vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit, Prävention und Pflege beschlossenen Planbettenerhöhung auf 230 Betten und zur Schaffung aktuell fehlender Nebenräume. Das Bauvorhaben erhält die Bezeichnung „Bauabschnitt 1 Erweiterungsbau Nordwest“. -----Der Neubau mit einer Nutzfläche von ca. 3.921 m² gemäß Zielplanung umfasst vier Geschosse mit: - UG: Technik, Umkleiden - EG: Arztdiensträume, U+B-Räume, Seelsorge, Soziale Dienste, Raum der Stille - 1.OG: Highcare-Bettenstation - 2.OG: Arztdiensträume, Verwaltung, Besprechungsräume, Archiv - 3.OG: Pflegestation, Wahlleistung Auf der Dachfläche sind Flächen für eine Technikzentrale (z.B. Lüftungszentrale) und PV-Anlage vorgesehen. -----Für die Baufeldfreimachung sind zudem Rückbauarbeiten, Spartenanpassungen und Kanalverlegungen im Bereich des Baufeldes bzw. des angrenzenden Bürgersteiges erforderlich. Der Bauherr holt derzeit aktuelle Spartenpläne ein. -----Die Umsetzung zur Baufeldfreimachung, Rückbau der Kapelle, Errichtung des Neubaus, Umbau im Bestand und Herstellung der erforderlichen Anschlüsse an den Gebäudekomplex erfolgt in mehreren Bauphasen. -----Es ist eine Verlegung des Sauerstofftanks notwendig; als neuer Standort wird der nördliche Grundstücksbereich vor der Zufahrt zum GZI-Parkplatz favorisiert. -----Die Aushubsohle wird unterhalb des mittleren Grundwasserstandes liegen; somit werden nach bisherigen Erkenntnissen Spundwände für die Baugrube erforderlich, die in die Seetonschichten einbinden. -----Für die weiteren Planungsschritte wird zeitnah ein Baugrundgutachter beauftragt. -----Zusätzlich zum Neubau

ist ein Umbau im Bestand in Form einer Erweiterung der Zentralen Notaufnahme (Schaffung Überwachungsplätze, bisher: Umkleiden) im Untergeschoss vorgesehen (s. Plananlage). Während der Bauausführung muss eine Zufahrt zur Zentralen Notaufnahme uneingeschränkt möglich sein. -----Das beiliegende Raum- und Funktionsprogramm wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit, Prävention und Pflege freigegeben. Bei dem Projekt werden Fördermittel gemäß Art. 11 BayKrG beantragt. Die förderrechtlichen Rahmenbedingungen (u.a. Terminschiene, vergaberechtliche Vorgaben, Anforderungen an Förderantragsunterlagen) sind bei der Projektabwicklung zwingend einzuhalten.----- Die planungsrechtliche Beurteilung erfolgt nach § 34 BauGB----- Die im Juni 2026 für die Förderantragserstellung beauftragten Fachdisziplinen gelten als vorbefasste Bewerber. Die bereits erstellten Planunterlagen werden allen Teilnehmern mit den Verfahrensunterlagen (siehe 5.1.11) zur Verfügung gestellt, um alle Bieter auf denselben Informationsstand zu bringen. -----Zeitschiene: Die Vergabeverhandlung findet voraussichtlich Ende Oktober / Anfang November 2026 statt. Die Auftragsvergabe und der unmittelbar darauffolgende Projektstart ist für Ende 2026 / Anfang 2027 vorgesehen. Die Bauausführung des Neubaus ist von Q3/2028 bis Q4/2030 vorgesehen.-----Hinweis: Die Projektbesprechungen finden in deutscher Sprache statt.
Interne Kennung: Klinik_Immenstadt_BA1_OBJ

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71220000 Architekturentwurf, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Beschreibung der Optionen: Beabsichtigt ist eine stufenweise Beauftragung: ----- Stufe 1: LPH 3-4, gem. § 34 ff HOAI 2021----- Stufe 2: LPH 5-7, gem. § 34 ff HOAI 2021----- Stufe 3: LPH 8-9, gem. § 34 ff HOAI 2021Zunächst wird nur die Stufe 1 beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung der weiteren Stufen, Bauabschnitte oder etwaiger besonderer Leistungen besteht nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Im Stillen 3

Stadt: Immenstadt

Postleitzahl: 87509

Land, Gliederung (NUTS): Oberallgäu (DE27E)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 04/01/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/03/2031

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: ' ----- Beschreibung der Verlängerungen: Das genannte Ende bezieht sich auf den Abschluss der LPH 8 (inkl. Nachlaufzeiten für Rechnungsprüfungen u. ä.). Die LPH 9 läuft darüber hinaus. Eine Verlängerung des Auftrages

kann insbesondere dann eintreten, wenn Projektverzögerungen entstehen, die der Auftragnehmer nicht zu verantworten hat oder eine zeitnahe Genehmigung durch Behörden, Fördergeber und Gremien nicht erreicht werden kann.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

Gefördertes soziales Ziel: Zugang für alle

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Direkter Link zur Eigenerklärung -- siehe Link

https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFormsBekEigenUrl?z_param=328812

Erklärung des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft über den spezifischen

Gesamtumsatz des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft in den letzten 3

abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV. --Mindestanforderung ist ein Gesamtumsatz (Jahresmittel) von 1.500.000 EUR brutto im Leistungsbild Objektplanung

Gebäude;

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 bzw.

Abs. 4 VgV: --Eigenerklärung im Teilnahmeantrag über das Vorliegen oder die Bereitschaft

zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung über 3.000.000 EUR für Personenschäden und über 5.000.000 EUR für Sachschäden bei einem Versicherungsunternehmen, das in

einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den

Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. -- Die Erklärung des

Versicherungsunternehmens über das Vorhandensein oder die Bereitschaft zum Abschluss

muss nach Aufforderung durch die Vergabestelle oder spätestens vor Auftragserteilung mit

dem Angebot eingereicht werden und darf nicht älter als sechs Monate sein, gerechnet vom

Tag der Bekanntmachung an. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das

Zweifache der Deckungssumme pro Jahr betragen. Die Deckung muss über die

Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Die Versicherung kann bereits ständig

abgeschlossen sein oder im Auftragsfall projektbezogen abgeschlossen werden. Bei

Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (d. h. ohne Unterscheidung nach Personen-

und Sachschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass

beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten

Deckungssummen abgesichert sind. Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung

des Versicherungsunternehmens nachgewiesen werden, in der sie den Abschluss der

geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft über die Anzahl der technisch festangestellten Mitarbeiter (bei 40 h /Woche) (VZ-MA) und der Führungskräfte (FK) in den letzten 3 abgeschlossenen Jahren (2023, 2024, 2025) gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV. Die Mindestanforderung ist ein jährliches Mittel von 15 technisch festangestellten Vollzeit-Mitarbeitern (bei 40 h / Woche) inklusive Geschäftsführung (GF) im Leistungsbild Objektplanung Gebäude und Innenräume. --- Freie Mitarbeiter sind wie Unterauftragnehmer im Teilnahmeantrag aufzuführen. Die „Verpflichtungserklärung bei Unteraufträgen“ gemäß § 47 Abs. 1 VgV im Teilnahmeantrag unter Anlage 1 ist auch von den freien Mitarbeitern auszufüllen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: a) Angabe der Fachkräfte gem. § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV: Erklärung des Bewerbers über die Berufsqualifikation eines Geschäftsführers oder einer Führungskraft gemäß § 75 VgV: Der Bewerber erfüllt die fachlichen Anforderungen, wenn in der Geschäftsführung bzw. unter den Führungskräften mindestens 2 Personen berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Architekt“ gem. § 75 VgV im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz des Bewerbers) zu führen. Nachweis durch Vorlage einer Eintragung in die Architektenkammer und Abschlussurkunde mit Angabe der Fachrichtung und Abschlussdatum. Falls im jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung „Architekt“ nicht gesetzlich geregelt sein sollte, sind vergleichbare fachliche Qualifikationen nachzuweisen, also Befähigungsnachweise vorzulegen, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2013/55/EU - Berufsanerkennungsrichtlinie - gewährleistet ist. - - b) Nachweis der Berufserfahrung des o.g. Geschäftsführers oder der o.g. Führungskraft: Die Berufserfahrung des o.g. Geschäftsführers oder der o.g. Führungskraft [hierbei muss es sich um dieselbe Person handeln wie unter a) Relevante Bildungs- und Berufsqualifikation] im Leistungsbild Objektplanung Gebäude und Innenräume ist jeweils durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen. Mindestanforderung sind 15 Jahre Berufserfahrung für den Geschäftsführer oder die Führungskraft im Leistungsbild Objektplanung Gebäude und Innenräume.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Angabe von 3 Referenzen (Ref 1+ Ref 2: LPH 2-5, Ref 3: LPH 6-8) gem. § 75 Abs. 5 VgV. ----- Mindestanforderungen: - - - Ref 1+2:

Referenzzeitraum zwischen 01.09.2021 - 31.08.2026, die LPH 2 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen und die LPH 5 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein. - - - Ref 3: Referenzzeitraum zwischen 01.09.2021 - 31.08.2026, die LPH 6 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen und die LPH 8 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein. - - - Die Nichteinhaltung führt zur Wertung mit 0 Punkten bei der betroffenen Referenz, nicht aber zum Ausschluss. ----- Wertungskriterien Referenzkategorie 1: --Bauvolumen brutto (KG 300+400) (10 Punkte bei mind. 25,00 Mio. €, <15,00 Mio. € = 0 Punkte), -- Honorarzone (5 Punkte bei mind. HZ IV), -- von dem Bewerber beauftragte bzw. von ihm vollständig erbrachte LPHen (8 Punkte bei LPH 2-5), - Behandlungseinrichtungen mit medizinischer Ausrüstung und entsprechend einer vergleichbaren Komplexität (bzgl. Arzt diensträume, Untersuchungs- u.

Behandlungsräume, High-care-Bettenstation).(Vergleichbarkeit bei 3 Referenzprojekten = 5 Pkt.; Vergleichbarkeit bei 2 Referenzprojekten = 3 Pkt.; Vergleichbarkeit bei 1 Referenzprojekt = 2 Pkt., Vergleichbarkeit bei keinem Referenzprojekt = 0 Pkt.)-- Gegenstand ist ein Neubau /Erweiterung/Anbau im Bereich Hochbau. (3 Punkte bei Neubau/Erweiterung/Anbau; 1 Punkt für Sanierung Hochbau; 0 Punkte für kein Hochbau) – Vollständigkeit der Projektdarstellung, auf jeweils max. 2 DIN A4-Seiten/ 1 DIN A3-Seite, graphische Darstellung und kurze Beschreibung (falls ja: 1 Punkt). -----Wertungskriterien Referenzkategorie 2: --Bauvolumen brutto (KG 300+400) (10 Punkte bei mind. 20,00 Mio €, <10,00 Mio. € = 0 Punkte), -- Honorarzone (5 Punkte bei mind. HZ IV), --dem Bewerber beauftragte bzw. von ihm vollständig erbrachte LPHen (8Punkte bei LPH 2-5), -- Behandlungseinrichtungen mit medizinischer Ausrüstung und entsprechend einer vergleichbaren Komplexität (bzgl. Arztdiensträume, Untersuchungs- u. Behandlungsräume, High-care-Bettenstation). (Vergleichbarkeit bei 3 Referenzprojekten = 5 Pkt.; Vergleichbarkeit bei 2 Referenzprojekten = 3 Pkt.; Vergleichbarkeit bei 1 Referenzprojekt = 2 Pkt., Vergleichbarkeit bei keinem Referenzprojekt = 0 Pkt.)- Gegenstand ist ein Neubau/Erweiterung/Anbau im Bereich Hochbau. (3 Punkte bei Neubau/Erweiterung/Anbau; 1 Punkt für Sanierung Hochbau; 0 Punkte für kein Hochbau) – Vollständigkeit der Projektdarstellung, auf jeweils max. 2 DIN A4-Seiten/ 1 DIN A3-Seite, graphische Darstellung und kurze Beschreibung (falls ja: 1 Punkt). -----Wertungskriterien Referenzkategorie 3: -- Bauvolumen brutto (KG 300+400) (10 Punkte bei mind. 25,0 Mio €, < 15,00 Mio. € = 0 Punkte), -- Honorarzone (5 Punkte bei mind. HZ IV), -- dem Bewerber beauftragte bzw. von ihm vollständig erbrachte LPHen (8 Punkte bei LPH 6-8), - Behandlungseinrichtungen mit medizinischer Ausrüstung und entsprechend einer vergleichbaren Komplexität (bzgl. Arztdiensträume, Untersuchungs- u. Behandlungsräume, High-care-Bettenstation).(Vergleichbarkeit bei 3 Referenzprojekten = 5 Pkt.; Vergleichbarkeit bei 2 Referenzprojekten = 3 Pkt.; Vergleichbarkeit bei 1 Referenzprojekt = 2 Pkt., Vergleichbarkeit bei keinem Referenzprojekt = 0 Pkt.)-- Gegenstand ist ein Neubau /Erweiterung/Anbau im Bereich Hochbau. (3 Punkte bei Neubau/Erweiterung/Anbau; 1 Punkt für Sanierung Hochbau; 0 Punkte für keinHochbau) – Vollständigkeit der Projektdarstellung, auf jeweils max. 2 DIN A4-Seiten/ 1 DIN A3-Seite, graphische Darstellung und kurze Beschreibung (falls ja: 1 Punkt). -----Zusatzpunkte (Unterkategorie jeweils bei 1 wertbaren Referenz zu erfüllen): -- Zusammenarbeit mit öffentlichem Auftraggeber bzw. Einhaltung einschlägiger Vergaberichtlinien analog eines öffentlichen Auftraggebers (falls ja: 8 Punkte), -- Mitwirkung bei Beschaffung von öffentlichen Fördermitteln (mit Benennung desFörderprogramms) (falls ja: 8 Punkte), -- Maßnahme im laufenden Betrieb mit Publikumsverkehr auf dem Grundstück (falls ja: 4 Punkte), -- Maßnahme inklusive Zuarbeit für die Abbruchplanung (Erläuterung erforderlich; ja: volle Punkte, nein: 0 Punkte) -- Maßnahme die einen Erweiterungsbau als direkten Anbau an ein Bestandsgebäude (ja: volle Punkte, nein: 0 Punkte)----- Der AG behält sich vor, Bescheinigungen von öffentlichen und privaten AG über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte anzufordern. Bewerber, bei denen im Zuge der Referenzprüfung festgestellt wird, dass die gemachten Angaben nicht korrekt sind, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen. ----- Als Büroreferenz wird auch eine Referenz gewertet, die von den Mitarbeitern des Büros in ihrer Tätigkeit bei einem früheren Arbeitgeber erarbeitet worden sind, wenn eine weitgehende Identität zwischen den Personen, die für den Referenzauftrag beim früheren Unternehmen zuständig waren, und den Mitarbeitern im neuen Büro besteht. ----- Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen dargestellten Bewertungsmatrix "Eignungskriterien" und "Auswahlkriterien". ----- Konkretisierung Losverfahren in Ergänzung zu § 75 (6) VgV: Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, so wird die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden. -----

Hinweis Nachnominierung: Im Falle einer Absage in der zweiten Verfahrensstufe – nach Aufforderung zur Angebotsabgabe und vor der Submission – behält sich die Vergabestelle vor, das gemäß Rangfolge nächstplatzierte Büro zur Teilnahme an der Vergabeverhandlung einzuladen. Ein Rechtsanspruch auf diese sogenannte Nachnominierung besteht aber nicht. Eine Nachnominierung wird jedoch nur bis spätestens 10 Tage vor Angebotssubmission ausgesprochen. Diese Regelung soll einem nachnominierten TN eine Mindest-Vorbereitungszeit einräumen und somit die Gleichbehandlung aller TN sicherstellen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: A) Darlegung des vorgesehenen Projektteams (mit Unterkriterien)

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungskriterien dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien".

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: B) Herangehensweise an die konkrete Planungsaufgabe (mit Unterkriterien)

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungskriterien dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien".

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: C) Honorar

Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungskriterien dargestellten Bewertungsmatrix "Zuschlagskriterien".

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFFormsBekVuUrl?z_param=328812

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Sicherheitsüberprüfung ist erforderlich

Beschreibung: Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen nach dem 09. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Bieter müssen Ihre

Bereitschaft erklären, dass in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formblatt 127 (Erklärung zu Bezug Russland) im Auftragsfall auszufüllen und zu unterschreiben.---
Entsprechend des Gesetzes für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention (Masernschutzgesetz) darf (z.B. in Gemeinschaftseinrichtungen, Medizinischen Einrichtungen) nur Personal mit Impfschutz, Immunität oder medizinischer Kontraindikation eingesetzt werden. Bieter müssen bereit sein, im Auftragsfall beide Erklärungen zu unterzeichnen.

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://staatsanzeiger-eservices.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 21/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gem. § 56 Abs. 2 VgV behält sich der Auftraggeber vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzufordern. Ein Rechtsanspruch auf Nachforderung besteht aber nicht.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Verstöße im Sinne von § 135 Abs. 1 GWB

(Unwirksamkeit des Vertrages) sind in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30

Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach

Vertragsschluss geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im EU-

Amtsblatt bekanntgemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30

Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt

der EU (§ 135 Abs. 2 GWB). Ein Nachprüfungsverfahren ist nur bei Einhaltung nachfolgender

Voraussetzungen zulässig: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die der Bieter im

Vergabeverfahren erkannt hat, sind gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10

Kalendertagen nach Kenntnis zu rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt

unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar

sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur

Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe des Eignungsnachweises und des Angebots gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist binnen 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, einzureichen (§ 160 Abs. 3 GWB).

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Klinikverbund Allgäu gGmbH

Registrierungsnummer: DE275663595

Postanschrift: Robert-Weixler-Straße 50

Stadt: Kempten

Postleitzahl: 87439

Land, Gliederung (NUTS): Kempten (Allgäu), Kreisfreie Stadt (DE273)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Projektsteuerung Klinik Immenstadt

E-Mail: im-bau-ps@klinikverbund-allgaeu.de

Telefon: 083105303550

Internetadresse: <https://klinikverbund-allgaeu.de/standorte/kliniken/klinikum-immenstadt>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Registrierungsnummer: DE811335517

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80534

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: 00498921762411

Fax: 00498921762847

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Meixner+Partner Projektentwicklung Projektsteuerung GmbH

Registrierungsnummer: DE226852359

Postanschrift: Gögginger Straße 93

Stadt: Augsburg

Postleitzahl: 86199

Land, Gliederung (NUTS): Augsburg, Kreisfreie Stadt (DE271)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Frau Liebhold

E-Mail: vergabe@meixner-partner.de

Telefon: +49 82150105-28

Internetadresse: <https://www.meixner-partner.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 5c1048ef-d611-4d9f-a2f7-c6f209c187dc - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 20/08/2026 09:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 583872-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 162/2026

Datum der Veröffentlichung: 24/08/2026